

Birgit Sippel

Eine digitale Bürgerrechtsagenda für Europa

Acht Vorschläge des EU-Parlaments zum Umgang mit der NSA-Affäre

Die Europäische Union hat die politischen Möglichkeiten, eine starke Position für den Schutz von Bürgerrechten und gegen Massenüberwachung einzunehmen – wenn alle Institutionen sie konsequent nutzen. Doch während das Europäische Parlament am 12. März 2014 seinen Forderungskatalog zum Umgang mit der NSA-Affäre, eine digitale Bürgerrechte-Agenda, verabschiedet hat, stehen viele europäische Regierungen in puncto Untätigkeit der im Fokus stehenden US-Regierung in nichts nach.

Die Enthüllungen der letzten Monate über die Bespitzelungspraktiken US-amerikanischer wie auch europäischer Nachrichtendienste rütteln an den Grundfesten europäischer Werte und demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Das staatliche Bekenntnis zum Schutz von bürgerlichen Freiheiten wurde in der Geschichte selten freiwillig gegeben – es war immer Ergebnis des Aufbegehrens von Bürgern gegen den Allmachtanspruch des Staates. Auch in der aktuellen Überwachungsdebatte wird sich ohne deutlichen Protest gegen die klammernde Aushebelung des Rechtsstaates nichts bewegen. »Ich habe doch nichts zu verbergen!«, mag mancher hier denken. Aber wir alle wollen nicht alle Details unseres Lebens mit allen teilen. Dies gilt insbesondere für sensible Informationen wie Angaben über das Sexualleben, Krankheiten, Einkommen. Hinzu kommt, dass die Fülle verfügbarer Daten nicht nur die Erstellung von Bewegungs-, sondern auch Persönlichkeitsprofilen ermöglicht – die Gefahr der Daten-Manipulation eingeschlossen. Das Recht, nicht jede persönliche Information über unser Leben mit dem Staat teilen zu müssen, der Schutz der Privatsphäre, ist eine Errungenschaft

demokratischer Rechtsstaaten und muss offline wie online gelten. Es ist ein europäisches Grundrecht, das wir gegen Angriffe von innen und außen verteidigen müssen.

Nicht zuletzt aufgrund des heimlichen Charakters des massiven Grundrechtseingriffs ist es für den einzelnen Bürger schwierig, sich gegen den Ausverkauf seiner Privatsphäre zur Wehr zu setzen. Wir alle, Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene, tragen Verantwortung für den Schutz unserer Demokratie. Wenn Geheimdienste über Grenzen hinweg Daten austauschen, kann der Grundrechtsschutz nicht mehr nur auf nationalstaatlicher Ebene gesichert werden. Doch konkret bekennt sich bisher nur das Europäische Parlament zu dieser Verantwortung. Im Juli 2013 hat es den fachlich zuständigen Innenausschuss mit einer Sonderuntersuchung der Vorwürfe beauftragt. Nach mehr als sechs Monaten intensiver Arbeit hat das Plenum im März 2014 seinen Abschlussbericht angenommen. In den Anhörungen bekamen unter anderem Vertreter der nationalen Parlamente, Enthüllungs-Journalist Glen Greenwald, Whistleblower Edward Snowden und NSA-Chef Keith Alexander Gelegenheit zur Äußerung.

Kernstück des Berichts ist ein acht Punkte umfassender Aktionsplan zur Stärkung digitaler Bürgerrechte. Als erstes fordern wir die Annahme des EU-Datenschutzpakets noch in diesem Jahr. Derzeit scheidet dieses bereits seit über zwei Jahren auf dem Tisch liegende Reformpaket allein am Widerstand der nationalen Regierungen im Rat – das für Deutschland

die Verhandlungen führende CDU-geführte Bundesinnenministerium gehörte bislang zu den größten Bremsern. Einheitliche und robuste EU-Datenschutzregeln sind eine Voraussetzung dafür, glaubwürdig unsere Rechte und Werte auch global verteidigen zu können.

Wir brauchen zudem klare Regeln für bereits bestehende internationale Abkommen zum Austausch von Daten zum Zweck der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität mit den USA. Deshalb fordern wir zweitens den Abschluss eines so genannten Rahmenabkommens für solche Daten mit Washington. Dieses würde grundlegende Standards festlegen, die dann auf alle Instrumente des Datentransfers in die USA Anwendung finden würden. Das beträfe etwa das Fluggastdatenabkommen (PNR) oder das so genannte Bankdaten-Abkommen TFTP. Das Abkommen muss hohe Schutzstandards etwa zur Begrenzung der Datensammlung festlegen, sonst kann das EU-Parlament ihm nicht zustimmen. Insbesondere wollen wir die Diskriminierung von EU-Bürgern unter US-Recht endlich abschaffen. Dies betrifft etwa das Recht, Klage zu erheben. Bisher scheiterte diese Forderung am Widerstand der US-Amerikaner.

Drittens fordern wir die Aussetzung der so genannten »Safe-Harbour«-Vereinbarung. Dabei handelt es sich um einen Kommissions-Beschluss zur Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Firmen in den USA, wenn diese eine Datenschutz-Selbstverpflichtung eingegangen sind. Mehr als 3.000 Unternehmen beteiligen sich, darunter etwa Google und Microsoft. Doch immer wieder wurde kritisiert, dass »Safe-Harbour« keinen echten Schutz bietet. Dies betrifft etwa fehlende Strafen für US-Unternehmen bei Datenschutz-Verstößen. Im Zuge der NSA-Affäre wurde zudem bekannt, dass der US-Geheimdienst offenbar im großen Umfang auch auf Daten von Firmen zugreift, die unter dem »Safe-Harbour«-Regime

zertifiziert sind. Dieses Regime schafft eben keinen »sicheren Hafen« für unsere Daten und gehört deswegen auf Eis gelegt. Damit setzen wir die USA auch wirtschaftlich unter Druck.

Gerade US-amerikanische Handelsinteressen können wir auch an anderer Stelle für uns nutzen. Wir fordern als Viertes das Aussetzen der Verhandlungen über eine EU-US-Freihandelszone (TTIP) bis wir das schon genannte Datenschutz-Rahmenabkommen haben. Ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments kann das Freihandels-Abkommen nicht in Kraft treten. In jedem Fall scheint es sinnvoll, die Verhandlungen bis zu den US-amerikanischen Kongresswahlen im November ruhen zu lassen. Sollten sich die US-Amerikaner im Lichte der Spähaffäre auch danach weigern, europäische Grundrechte zu respektieren, kann eine Zustimmung auch vor dem Hintergrund anderer problematischer Punkte nicht erfolgen.

TTIP-Verhandlungen aussetzen

Neben dem bereits genannten »Safe-Harbour«-Regime gibt es noch eine ganze Reihe anderer Abkommen, die den Austausch von personenbezogenen Daten betreffen. Unsere fünfte Forderung betrifft daher die kritische Überprüfung jedes dieser Abkommen. In diesem Zusammenhang hat das Europäische Parlament schon im Oktober 2013 ein Einfrieren des so genannten Terrorist Finance Tracking Program (TFTP) mit den USA gefordert. Es gibt Hinweise, dass die NSA auch hier direkten Zugang auf sensible Bankdaten erlangt hat. Dies stellt einen klaren Bruch eines internationalen Abkommens dar, der von den USA bis heute bestritten wird. Ich plädiere zudem dafür, das Abkommen mit den USA zum Austausch von Fluggastdaten auszusetzen.

Sechstens müssen wir den Schutz von Whistleblowern in der EU stärken. Die EU-Kommission muss prüfen, inwieweit der vom Europäischen Parlament gefor-

derte Gesetzes-Vorschlag zum Whistleblower-Schutz auch den sensiblen Bereich der Nachrichtendienste abdecken kann. Die EU – und damit auch das Europäische Parlament – kann keinen internationalen Schutz gewähren, die Mitgliedsstaaten können es. Es war mir deshalb sehr wichtig, im Resolutionstext die Mitgliedsstaaten dazu aufzufordern, ihrer Verantwortung bei der Gewährung von internationalem Schutz für Whistleblower gerecht zu werden.

Ein weiterer Baustein ist die größere technologische Unabhängigkeit Europas. Als siebte Maßnahme fordern wir deshalb einen »Digital New Deal« zur Förderung der europäischen IT-Branche. Die Stärkung etwa von Verschlüsselungstechnologien und europäischen Cloud-Diensten kann neues Vertrauen schaffen und damit einen echten Wettbewerbsvorteil darstellen. Es geht dabei nicht um eine technologische Abschottung vom Rest der Welt (und erst recht nicht innerhalb der EU durch Alleingänge einzelner Länder!), sondern um das Aufzeigen von Alternativen zu der IT-Abhängigkeit etwa von den USA oder von China.

Unsere achte Forderung ist zugleich auch unser Fazit aus dem Überwachungs-skandal: Die EU muss weltweit zum Vorreiter für eine demokratische und neutrale Verwaltung des Internets werden. Eine erste Gelegenheit dazu ergab sich beim »Global Multistakeholder Meeting on the Future of Internet Governance« in Brasi-

lien Mitte April. Dort haben auch Vertreter des Europäischen Parlaments einen Beitrag zur weltweiten Debatte um die Zukunft des freien und sicheren Internets geleistet. Kritik an hysterischer Datensammelwut der Geheimdienste ist aber wenig glaubwürdig, wenn wir gleichzeitig in der EU den Ausbau staatlicher Überwachung weiter vorantreiben. Pläne für ein europäisches Fluggastdatensystem lehne ich daher ab. Und nach dem Urteil des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung wäre es gut, nun auch nationale Regelungen hierzu sorgfältig zu prüfen. In der europäischen Geschichte gab es unterschiedliche Formen staatlicher Überwachung und wir sind stolz, all dies hinter uns gelassen zu haben. Die Späh-Enthüllungen machen jedoch deutlich, dass wir vor neuen Herausforderungen stehen. Der Schutz der Privatsphäre kann nicht allein dem Einzelnen überlassen werden. Wir brauchen eine breite Wertedebatte, um das gemeinsame Fundament europäischer Werte zu erhalten und zu schützen. Auch nationale Parlamente müssen klar dafür einstehen, Grundrechte sowohl gegenüber den USA als auch gegen eigene Geheimdienste zu verteidigen. Demokratie verträgt keine rechtsfreien Räume. Diese dringend notwendige Debatte haben wir mit unserer Forderung nach einer digitalen Grundrechte-Agenda angestoßen – nun gilt es sie weiterführen und konkrete Konsequenzen zu ziehen. Geheimdienste sind Teil unseres demokratischen Systems und müssen der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.



Birgit Sippel

ist SPD-Europaabgeordnete für Südwestfalen und Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlamentes.

birgit.sippel@europarl.europa.eu